

Niederschrift

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Zeuthen

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.11.2025
Ort:	Mehrzweckraum des Sport- und Kulturzentrums, Schulstraße 4, 15738 Zeuthen
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr

Anwesenheit

Bürgermeister

Herr Philipp Martens - DIE LINKE

Vorsitz der Gemeindevertretung

Frau Nadine Selch - CDU

Gemeindevertreter

Frau Beate Burgschweiger - SPD

Herr Dr. Jens Burgschweiger - SPD

Herr Dr. René Damaschke - BfZ

Frau Nina Gänsdorfer - B'90/Grüne ab 19:03 Uhr

Frau Dipl. Med. Brita Haarfeldt - DIE LINKE

Herr Thomas Hagedorn - BfZ

Herr Jörgen Hassler - SPD online

Herr Udo Itzeck - BfZ

Herr Dieter Karczewski - BfZ

Herr Klaus-Dieter Kubick - BfZ

Frau Lynn Langas - B'90/Grüne ab 21.45 Uhr online

Frau Christine Naumann - SPD ab 21.45 Uhr online

Herr Holger Pieplow - B'90/Grüne

Herr Sylvio Rich - CDU

Frau Karin Sachwitz - BfZ entschuldigt

Herr Peter Schulz - DIE LINKE online

Frau Michaela Schust - CDU online

Herr Mathias Stahl - BfZ

Herr Matthias Tronjeck - BfZ

Frau Christine Wehle - Wählergemeinsch. Z.U.M Leben

Herr Michael Wolter - CDU

Baum- und Naturschutzbeirat

Herr Uwe Bruns -

Seniorenbeirat

Frau Petra Koppe - online

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Peggy Simon - online

Verwaltung

Herr Richard Schulz -

Protokoll

Frau Katja Bluhm -

Frau Nancy Dagge -

Gäste

Herr Karl Uwe Fuchs -

Frau Brederlow -

Niederschrift

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Selch eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 19 Mitglieder anwesend. Herr Dr. Burgschweiger fragt nach dem Grund für die kurzfristige Einberufung der Sitzung, da diese nicht im regulären Sitzungskalender stehe. Die Vorsitzende erklärt, dass der Sitzungsdienst die Änderung im Sitzungskalender mitgeteilt hat. Sie sagt, dass im September 2025 entschieden wurde, eine zusätzliche Sitzung anzusetzen.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

2. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.10.2025

Frau Gänsdorfer ist um 19:03 Uhr anwesend.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Niederschrift zum ersten Mal mit Hilfe eines KI-gestützten Tools erstellt wurde, das derzeit von der Verwaltung getestet wird.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. Die Niederschrift wurde bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ¹⁾
23	20	20	0	0	0

¹⁾Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

3. Informationen aus der Gemeindeverwaltung

- Der Landkreis Dahme-Spreewald hat darüber informiert, dass eine Aufstallverpflichtung für Geflügel aufgrund der Geflügelpest im ganzen Landkreis herrscht. Diese Verpflichtung gilt bis auf weiteres, bis neuere Erkenntnisse zur Ausbreitung der Geflügelpest vorliegen. Diese Information gilt auch für alle Bürgerinnen und Bürger, die Kleingeflügel halten. Diese Maßnahme ist verpflichtend und wird vom Landkreis überwacht.
- Zum Thema PFAS-Belastung im Grundwasser berichtet der Bürgermeister, dass der BUND am 17. Juli 2025 eine Probe in Zeuthen entnommen hat, bei der die geltenden Leitwerte überschritten wurden. Der MAWV nahm am 18. Juli 2025 ebenfalls Proben aus dem Wasserwerk Eichwalde, die jedoch keine Überschreitung der Werte zeigten. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der MAWV seit August 2025 eine Infiltrationsanlage installiert hat, die die Belastung nachweislich verringert. Weitere Maßnahmen sind geplant, um die Belastung weiter zu senken. Er betont, dass die neuen Grenzwerte, die ab dem 1. Januar 2026 gelten, nach aktuellem Stand eingehalten werden können. Informationen dazu sind auf der Website des MAWV und der Gemeinde verfügbar.
- Bezüglich des Miersdorfer Dorfangers erklärt der Bürgermeister, dass die Verfüllung der Baugrube, die ursprünglich ab dem 29. September 2025 erfolgen sollte, aufgrund von Problemen mit einem Nachunternehmer noch nicht abgeschlossen ist. Die Verwaltung wird nachhaken und gegebenenfalls mit einer Ordnungsverfügung reagieren.
- Der Bürgermeister berichtet, dass auf dem Friedhof in Miersdorf die Trauerhalle eingerüstet ist, um Instandsetzungsmaßnahmen an der Fassade und am Dach durchzuführen.
- Zudem wurden die Fußballtore auf dem Gelände des Freibades aufgestellt. Ursprünglich sollten die Tore auf der Festwiese errichtet werden, jedoch beschwerten sich Anwohner über das Vorhaben.
- Zur Forstallee informiert der Bürgermeister, dass ein Unternehmen für die geplanten Maßnahmen beauftragt werden konnte. Ende November 2025 findet eine Bauanlaufberatung statt. Weitere Informationen zum Bauablauf und der Verkehrsführung folgen rechtzeitig.

- Der Bürgermeister erwähnt, dass die Behelfstreppe am Bahnhof von der Deutschen Bahn abgebaut wurde, wodurch neue Flächen für Fahrradabstellmöglichkeiten entstanden sind. Die Gemeinde wird mit der Deutschen Bahn über die Schaffung zusätzlicher Abstellmöglichkeiten sprechen. Die Inbetriebnahme der Aufzüge und der barrierefreie Zugang zum Bahnsteig sind weiterhin für Januar 2026 geplant.
- Der Bürgermeister kündigt eine große Truppenverlegungsübung der Bundeswehr am 17. November 2025 an, die auch durch Zeuthen führt. Die Bundeswehr wird mit einer erheblichen Kolonne von Fahrzeugen und Personal durch Zeuthen fahren. Dies betrifft die Seestraße, die Goethestraße, die Lindenallee und die Fontaneallee. Das kann zu Verkehrseinschränkungen führen, da die Fahrzeuge mit Marschgeschwindigkeit, also mit einer geringen Geschwindigkeit, unterwegs sind. Es ist jedoch nur eine Übung und kein Ernstfall.
- Der Bürgermeister berichtet von der ersten Einwohnerversammlung zum Kinder- und Jugendbudget sowie zum Bürgerbudget.

Die durchgesetzten Vorschläge für das Kinder- und Jugendbudget sind:

- Waldspielgeräte am Hankelweg
- eine Doppelwippe am Siegertplatz
- Tischtennisplatten auf dem Bolzplatz und dem Spielplatz „Alice im Wunderland“
- eine zusätzliche Schaukel auf dem Spielplatz „Alice im Wunderland“

Beim Bürgerbudget setzten sich folgende Vorschläge durch:

- eine Rollstuhlrampe für den Forstweg 30
- seniorengerechte Toiletten
- eine Zukunftswerkstatt, die in Zeuthen stattfinden soll
- die Renaturierung des Tümpels in der Zeuthener Heide
- Tischtennisplatten am Heideberg und auf dem Siegertplatz
- ein Beachvolleyballplatz auf dem Siegertplatz

Die Umsetzung der Maßnahmen ist für das kommende Jahr nach dem Haushaltsbeschluss geplant. Vom 1. Januar 2026 bis 31. März 2026 besteht die Möglichkeit, wieder Vorschläge einzureichen.

- Der Bürgermeister informiert, dass die Initiative „Zeuthen Open Streets“ für den deutschen Nachbarschaftspreis nominiert ist und heute den ersten Preis gewinnen wird. Diese Initiative wird für ihre Konzepte zur Belebung der Straßen ausgezeichnet.
- Die Bürgerinitiative für den Erhalt des Waldes am Hankelweg hat ein kassatorisches Bürgerbegehren mit der Folge eines Bürgerentscheids beantragt, um den Grundsatzbeschluss der Gemeindevertretung zu ändern. Die Kommunalaufsicht prüft derzeit die Zulässigkeit des Antrags. Sollte dieser genehmigt werden, würde ein Bürgerbegehren starten, was in einem Bürgerentscheid münden könnte.
- Der Bürgermeister kündigt das erste Lichterfest aller Kitas in Zeuthen am 14. November 2025 um 16:00 Uhr (auf dem Gelände zwischen PAULA und Sport- und Kulturzentrum) an, das im Rahmen des 650-jährigen Jubiläums von Zeuthen stattfindet.
- Zudem wird der 30. Weihnachtsmarkt vom 28. bis 30. November 2025 veranstaltet, der ebenfalls im Zeichen des Jubiläums steht. Der Bürgermeister verweist auf den Adventskalender der Begegnungen, der viele Veranstaltungen während der Adventszeit umfasst, und bedankt sich bei den beteiligten Vereinen und Initiativen.

4. Einwohnerfragestunde

Frau Bethke äußert ihre Bedenken zur geplanten Bebauung in Miersdorf, die einen Edeka-Markt und Wohnhäuser umfasst. Sie berichtet, dass sie die historischen Gebäude des Ortskerns im Maßstab 1:200 nachgebaut hat, um die Auswirkungen der geplanten Bebauung zu zeigen. Sie hat den Modellbau mitgebracht und zeigt ihn allen Anwesenden vor Ort. Frau Bethke findet, dass die Dimensionen des Projekts für sie und andere Anwohner zu groß wirken. Außerdem befürchtet sie, dass der soziale Mittelpunkt des Ortes durch mehr Verkehr und optische Beeinträchtigungen negativ beeinflusst wird. Sie sorgt sich, dass die Interessen der Miersdorfer Bürger, besonders der Senioren und Familien mit Kindern, nicht genug beachtet werden.

- ➔ Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Bethke für ihre Ausführungen und die Mühe, die sie in die Visualisierung des Projektes gesteckt hat. Er informiert, dass die Diskussion zu diesem Thema in den nächsten Sitzungen des Ortsentwicklungsausschusses am 18. November 2025, des Umweltausschusses am 2. Dezember 2025 und der Gemeindevertretung am 16. Dezember 2025 weitergeführt wird. Er betont, dass es darum geht, verschiedene Interessen abzuwägen, darunter auch die Sicherung der Nahversorgung, die für viele Bürger wichtig ist. Die endgültige Entscheidung wird in den genannten Gremien getroffen.

Herr Koßagk, Palliativmediziner aus Zeuthen, überbringt Grüße einer Bürgerin, die sich gewünscht hat, in ihrer Heimatgemeinde sterben zu können, aber in ein Hospiz in Blankenfelde-Mahlow verlegt wurde. Er bittet die Gemeindevertretung, bürokratische Hürden möglichst gering zu halten, damit das geplante Hospizprojekt schnell vorankommt. Außerdem fragt er, wann mit der Fertigstellung des Hospizes zu rechnen ist.

- ➔ Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung die Notwendigkeit des Projekts sieht und dass ein eventueller Satzungsbeschluss am heutigen Abend Baurecht in greifbare Nähe bringen kann. Er weist darauf hin, dass die Vorhabenträgerin den weiteren Ablaufplan erläutern kann und betont, dass die Gemeinde das Projekt so schnell wie möglich vorantreiben möchte.

Herr Bruns äußert sich kritisch zu einem Antrag zweier Fraktionen, der eine Änderung der Geschäftsordnung vorschlägt und auf der heutigen Tagesordnung steht. Er hinterfragt die Begründung, dass die Effizienz der Sitzungen gesteigert werden soll und betont, dass die Diskussionen in den Fachausschüssen seiner Meinung nach bereits sehr ruhig verlaufen. Er fordert eine Erklärung, warum eine Einschränkung der freien Rede und der Rechte von Minderheiten in diesem Gremium nötig sei, und bittet um eine Antwort, die über die bloße Feststellung der Mehrheitsverhältnisse hinausgeht.

- ➔ Die Vorsitzende erklärt, dass die Fraktionen in der Einwohnerfragestunde nicht auf die Anfrage antworten können. Jetzt könnte nur der Bürgermeister antworten oder sie als Vorsitzende für das Gremium. Sie verweist auf den entsprechenden Tagesordnungspunkt, in dem das Thema behandelt wird.

Frau Bauer äußert sich kritisch zur geplanten Bebauung des Edeka-Marktes und betont, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend beachtet werden. Sie verweist auf die Auswertungstabelle der Stellungnahmen aus der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung und kritisiert, dass fast 1.000 gesammelte Unterschriften und Stellungnahmen keine Änderungen in den Plänen bewirkt haben, während die Einwände einer einzelnen Bürgerin zu einer Erhöhung der Parkplatzanzahl führten. Sie fordert, die Eigentümerin des Bestandsmarktes Edeka in der Dorfstraße 14 zur nächsten öffentlichen Sitzung einzuladen, um den Sachverhalt endgültig zu klären. Zudem kritisiert sie die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz bei der zweiten Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung.

- ➔ Der Bürgermeister antwortet, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung wie auch bei jeden anderen Bebauungsplan durchgeführt wurde und die Informationen im Amtsblatt veröffentlicht wurden. Er räumt jedoch ein, dass die Auffindbarkeit der Informationen auf der Webseite verbessert werden muss. Zudem erklärt er, dass alle Sitzungen öffentlich stattfinden und sich jeder beteiligen kann. Er betont, dass es unterschiedliche Interessen gibt, die gegeneinander abgewogen werden müssen, und dass die Diskussion in den kommenden Sitzungen fortgesetzt wird. Bezüglich der Eigentümerin des Bestandsmarktes erklärt er, dass diese zum Ortsentwicklungsausschuss am 18. November 2025 eingeladen ist, um ihre Pläne öffentlich darzulegen. Herr Bogisch, der derzeitige Betreiber des Edeka-Marktes, wurde ebenfalls eingeladen. Er weist darauf hin, dass die Eigentümerin bisher keine verlässlichen Aussagen zu einer möglichen Modernisierung oder einem Verkauf des Grundstücks gemacht hat. Abschließend betont er, dass die Gemeindevertretung im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans genau festlegt, was auf dem Grundstück gebaut werden darf, und dass die Vorhabenträgerin an diese Vorgaben gebunden ist.

5. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Herr Stahl hat folgende Anliegen:

1. Er fragt nach einem Termin für die Freigabe des Spitzbubenweges.
 - ➔ Der Bürgermeister erklärt, dass der Termin für die Freigabe des Spitzbubenweges noch nicht festgelegt ist und voraussichtlich mit der Freigabe des Aufzugs zusammenfällt.
2. Herr Stahl spricht die defekten Straßenlaternen an.
 - ➔ Bezüglich der Straßenlaternen betont der Bürgermeister, dass die Verwaltung auf Meldungen der Bürger angewiesen ist, da eine systematische Überprüfung aller 2.100 Laternen nicht praktikabel ist. Er kündigt an, die Maerkerfunktion auf der Internetseite erneut zu bewerben.

3. Herr Stahl möchte wissen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Räumspflicht von Bürgersteigen und Randstreifen durch die Anwohner durchzusetzen.
→ Der Bürgermeister erklärt, dass man überlegen könnte, ein Neubürgerpaket in den nächsten Jahren zu erstellen, das über die Pflichten informiert.

Frau Wehle stellt drei Fragen:

1. Sie erkundigt sich nach der Kontrolle des PBN-Flugverfahrens, das ab dem 31. Oktober 2025 gelten soll, und ob Veränderungen dokumentiert werden.
→ Der Bürgermeister erläutert, dass die Einhaltung des PBN-Flugverfahrens gemeinsam mit der Fluglärmkommission und der Deutschen Flugsicherung (DFS) überwacht wird. In der nächsten Woche wird die AG-Lärmertgelt stattfinden. Erste Auswertungen werden in der Fluglärmkommission Anfang Dezember 2025 vorgestellt.
2. Sie spricht den Bürgerhaushalt an, insbesondere die Transparenz des Prozesses, die Berücksichtigung von Vorschlägen, der Regeln und die Berechnung der Kosten. Sie möchte wissen, ob im Nachgang nochmal über den Bürgerhaushalt gesprochen wird. Werden nur die Herstellungskosten angesetzt oder auch die Pflegekosten im Nachgang? Wie werden die Kosten ermittelt?
→ Der Bürgermeister antwortet, dass die Verwaltung den Prozess transparenter gestalten und die Zeitspanne zwischen Vorschlagseinreichung und Entscheidung verkürzen möchte. Bisher sind die laufenden Kosten nicht in die Berechnungen einbezogen worden, da der Fokus auf den Investitionskosten liegt. Alle Vorschläge wurden finanziell und auf die rechtliche Durchführbarkeit geprüft.
3. Frau Wehle fragt nach dem Zustand eines Nebengebäudes im Forstweg 30, das als einsturzgefährdet gilt, obwohl es kürzlich saniert wurde.
→ Zum Forstweg 30 führt der Bürgermeister aus, dass die Zwischendecke eines Nebengebäudes brüchig ist, jedoch keine Einsturzgefahr für das gesamte Gebäude besteht. Die Verwaltung prüft, ob Mittel für eine Sanierung noch in diesem Jahr verfügbar sind.

Frau Burgschweiger fragt nach der geplanten Calisthenics-Anlage am Siegerplatz und äußert Bedenken, dass die ausgewählten Geräte möglicherweise nicht den Anforderungen der Calisthenics-Sportler entsprechen.

- Der Bürgermeister antwortet, dass die Auswahl der Geräte in enger Abstimmung mit den Jugendlichen erfolgt ist und die Bestellung nach einem langen Prozess ausgelöst wurde. Er betont, dass die Unterschiede zwischen den Geräten gering sind und die Entscheidung daher final ist.

Herr P. Schulz lobt die Umsetzung des Kinder- und Jugendbeteiligungsbudgets, kritisiert jedoch die geringe Beteiligung an der Abstimmung. Er schlägt vor, in Zukunft Online-Abstimmungen oder alternative Formate wie Ortsfeste zu nutzen, um die Beteiligung zu erhöhen.

- Der Bürgermeister zeigt sich offen für alternative Formate, weist jedoch darauf hin, dass Online-Abstimmungen aufgrund technischer Hürden schwierig umzusetzen sind.

Frau Haarfeldt spricht Probleme bei der Verteilung der Gemeindezeitung „Am Zeuthener See“ in den Straßen Mozartstraße, Forstweg und Oldenburger Straße an.

- Der Bürgermeister erklärt, dass Schüler für die Verteilung zuständig sind und es aufgrund der Ferien zu Verzögerungen gekommen sein könnte. Er wird die Angelegenheit prüfen lassen.

Frau Gänsdorfer bringt an, den Newsletter der Gemeinde, der derzeit nur an Mitglieder der Gemeindevertretung verschickt wird, auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie schlägt vor, eine Anmeldung über die Website zu ermöglichen oder alternative Kommunikationskanäle wie WhatsApp oder Signal zu nutzen.

- Der Bürgermeister bestätigt, dass die Einführung eines Newsletters sowie eine stärkere Präsenz der Gemeinde auf Facebook für das kommende Jahr geplant sind.

6. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 141 "Fontaneallee 27" - Abwägungsbeschluss **Vorlage: BV-034/2025**

Der Bürgermeister erklärt, dass zunächst über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der ordentlichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung abgestimmt wird, bevor im nichtöffentlichen Teil der Durchführungsvertrag beschlossen und anschließend der Satzungsbeschluss gefasst wird. Er betont, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan ein Hospiz und ein Wohngebäude vorsieht und die Verwaltung das Vorhaben ausdrücklich begrüßt. Der Bürgermeister hebt hervor, dass die kritischen Punkte wie Bodenbelastung und Waldumwandlung in Zusammenarbeit mit den Behörden behandelt werden.

Herr Fuchs von der Landunion erhält einstimmig das Rederecht.

Herr Fuchs ergänzt, dass die Vorhabenträgerin in kurzer Zeit zahlreiche erforderliche Gutachten erstellt hat und plant, das Projekt zügig umzusetzen. Die Unterlagen für die Baugenehmigung sollen bis Anfang des kommenden Jahres eingereicht werden. Er betont die Bedeutung des geplanten Hospizes, da es im Landkreis Dahme-Spreewald bisher nur ein stationäres Hospiz in Luckau gibt.

Frau Wehle äußert Bedenken hinsichtlich der Altlastenproblematik auf dem Gelände und kritisiert, dass keine umfassenden Untersuchungen durchgeführt worden sind. Sie betont die potenziellen Risiken für die Umwelt und die Notwendigkeit, diese vorab zu klären. Der Bürgermeister antwortet, dass die Fachbehörden intensiv in den Prozess eingebunden sind und die Aufgabe des Bebauungsplans darin besteht, die technische Umsetzbarkeit zu prüfen, während Detailfragen im Baugenehmigungsverfahren geklärt werden.

Frau Burgschweiger spricht die Kompensationsmaßnahmen für die Waldumwandlung an, die in einer weit entfernten Region umgesetzt werden sollen. Sie fordert, dass solche Maßnahmen zukünftig in Zeuthen realisiert werden. Der Bürgermeister erklärt, dass die Suche nach geeigneten Flächen in Zeuthen erfolglos geblieben ist und betont, dass die Kompensationsmaßnahmen von der Unteren Naturschutzbehörde genehmigt wurden.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt über die in der Anlage in der Übersicht zusammengestellten Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf 05/2025 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 141 "Fontaneallee 27" eingegangen sind sowie über die in der Übersicht enthaltenen Abwägungsvorschläge.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ¹⁾
23	20	17	1	2	0

¹⁾ Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

Übergang in den nicht öffentlichen Teil (Tagesordnungspunkt 7) um 20:19 Uhr

8. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 141 "Fontaneallee 27" - Satzungsbeschluss Vorlage: BV-035/2025

Der Bürgermeister führt kurz in das Vorhaben ein.

Frau Wehle möchte, dass ihr Abstimmverhalten dokumentiert wird und gibt eine persönliche Erklärung wie folgt ab:

Tagung der Gemeindevertretung vom 11.11.2025

TOP 8 vorhabenbezogener B-Plan Nr. 141 „Fontaneallee 27“
Satzungsbeschluss / BV-035/2025

Persönliche Erklärung

Dem vorgelegten Satzungsbeschluss stimme ich aus folgenden Gründen nicht zu:

Die durch vorangegangene Rodungsarbeiten frei zugängliche Altlastendeponie soll nicht beseitigt, sondern überbaut und damit belassen werden.

Damit besteht der Schadstoffeintrag in den Boden und die nahe befindliche Dahme mit Fließrichtung Wasserwerk Eichwalde unverändert fort.

Es wird nicht klar genug definiert, welche Altlastenuntersuchungen noch durchgeführt werden müssen, um dem allgemeinen Bauvorbehalt in den textlichen Festsetzungen zu entsprechen. Die Folgen wahrscheinlicher Pfahlgründungen und offen angelegter Medienkanäle auf den Deponiekörper können daher noch nicht abgeschätzt werden.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen hätte meines Erachtens in notwendiger Detail-schärfe vor der Abstimmung zum Satzungsbeschluss vorliegen müssen, um als Gemeindevertreterin eine angemessene Entscheidung zum Umgang mit den Altlasten treffen zu können.

gez. Christine Wehle

Frau Wehle wird dem Satzungsbeschluss nicht zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Zeuthen beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 141 "Fontaneallee 27" in der Fassung 09/2025 bestehend aus Teil A: Planzeichnung, Teil B: Textliche Festsetzungen und dem Vorhaben- und Erschließungsplan als Satzung. Die Begründung wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ¹⁾
23	20	17	1	2	0

¹⁾ Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

Anschließend bedankt sich der Bürgermeister bei der Vorhabenträgerin (Landunion) und der Hospizinitiative für ihre Bemühungen und wünscht viel Erfolg bei der weiteren Umsetzung des Projekts.

9. Abberufung und Berufung sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
Vorlage: BV-040/2025

Herr P. Schulz erklärt, dass Frau Scholz aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt niederlegt. Er bedankt sich ausdrücklich bei ihr für die langjährige Arbeit in der Gemeindevertretung. Als Nachfolgerin schlägt er Frau Weiher-Schulz vor, die zukünftig als sachkundige Einwohnerin im Finanzausschuss tätig sein soll.

Abschließend sendet die Vorsitzende im Namen der Gemeindevertretung Genesungswünsche an Frau Scholz und wünscht Frau Weiher-Schulz viel Erfolg in ihrer neuen Rolle im Ausschuss für Finanzen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Zeuthen beschließt:

Frau Silke Weiher-Schulz wird als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus berufen

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ^{*)}
23	20	20	0	0	0

^{*)}Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

10 . Prüfung einer veränderten Verkehrsführung in der Elbestraße in Zeuthen Vorlage: BV-045/2025

Die Beschlussvorlage wurde von der Fraktion Bürger für Zeuthen und der CDU eingebracht.

Herr Stahl bittet darum, dass die Verwaltung prüft, ob eine Verkehrsänderung an der Fünfarmkreuzung der Elbestraße möglich ist. Er sagt, dass diese Kreuzung wegen ihrer Komplexität problematisch ist. Er schlägt vor, die Straße entweder als Einbahnstraße zu gestalten oder sie ganz zu schließen, um eine Sackgasse zu schaffen. Außerdem regt er an, den Bereich der Kreuzung durch Blumenrabatten oder ähnliche Maßnahmen umzugestalten, um die Kreuzung von fünf auf vier Arme zu reduzieren.

Der Bürgermeister stimmt dem Vorschlag zu und betont, dass die Verwaltung bereits ähnliche Überlegungen angestellt hat. Er berichtet, dass im kommenden Ortsentwicklungsausschuss über Maßnahmen wie Querunginseln und Zebrastreifen in diesem Bereich beraten wird. Die Verwaltung zieht die Schließung der Elbestraße vor, möchte jedoch die Anwohner in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Er weist darauf hin, dass das Straßenverkehrsamt signalisiert hat, dass die Gemeinde eigenständig über die Straße entscheiden kann. Der Bürgermeister begrüßt den Prüfauftrag und kündigt an, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Die Vorsitzende hebt hervor, dass die Dringlichkeit der Problematik an der Fünfarmkreuzung durch die Diskussion deutlich wird. Sie schlägt vor, die Maßnahmen im Ortsentwicklungsausschuss weiter zu konkretisieren.

Frau Wehle zeigt Verständnis für den Prüfauftrag und betont die Wichtigkeit der Kreuzung. Sie weist darauf hin, dass eine Schließung der Elbestraße zu veränderten Verkehrsströmen führen würde, die in der Prüfung berücksichtigt werden müssen. Insbesondere sollte analysiert werden, wie sich der Verkehr aus dem Flussviertel auf andere Straßen verlagern würde, die möglicherweise weniger gut ausgebaut sind. Sie hebt hervor, dass auch die Auswirkungen auf Anwohner, Fußgänger und Schüler sowie die Nutzung von Gehwegen in die Prüfung einbezogen werden sollten. Zudem kritisiert sie, dass frühere Maßnahmen, wie die Installation von Absperrungen an der Kreuzung, nicht die gewünschte Wirkung erzielt haben, da diese von den Nutzern nicht angenommen wurden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass bereits Planungen für Querunginseln auf der Miersdorfer Chaussee und am Forstweg bestehen, um die Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder und Eltern, zu erhöhen. Er bestätigt, dass die bisherigen Maßnahmen mit Gittern nicht erfolgreich waren und betont die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Lösung für die Kreuzung, auch wenn diese auf vier Arme reduziert wird. Er kündigt an, dass die Variantenplanungen in der kommenden Woche im Ortsentwicklungsausschuss vorgestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Veränderung der Verkehrsführung in der Elbestraße zu prüfen. Dabei ist insbesondere zu untersuchen, ob die Einführung einer Einbahnstraßenregelung sinnvoll und verkehrssicher ist.

Im Rahmen der Prüfung soll ermittelt werden,

ob eine Einfahrt über die 5-Arm-Kreuzung oder eine Ausfahrt über die 5-Arm-Kreuzung

die verkehrlich und sicherheitstechnisch bessere Lösung darstellt.

Darüber hinaus wird angeregt, dass die Verwaltung aktuelle Informationen zur Verkehrssicherheit bereitstellt.

Insbesondere soll dargelegt werden, wie viele Verkehrsunfälle in den letzten Jahren an der 5-Arm-Kreuzung sowie auf dem Streckenabschnitt zwischen der Schranke und der 5-Arm-Kreuzung registriert wurden.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ^{*)}
23	20	20	0	0	0

^{*)}Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

11 . Ergänzung der Geschäftsordnung der Gemeinde Zeuthen

Vorlage: BV-048/2025

Herr Karczewski führt in die BV-048/2025 ein.

Frau Gänsdorfer erläutert den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen B'90/Grüne, Die Linke und der SPD. Die Vorsitzende ergänzt, dass der Bürgermeister von der Redezeitbegrenzung immer ausgenommen ist.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Formulierung des Änderungsantrags in dem Beschlussvorschlag sprachlich angepasst werden muss, um die Regelung korrekt in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Der Satz müsste heißen: „Die Redezeit in den Sitzungen der Gemeindevertretung sowie ihrer Ausschüsse wird auf maximal 3 Minuten pro Redner je Tagesordnungspunkt begrenzt.“

Frau Wehle äußert sich kritisch und kündigt an, ihr Abstimmverhalten dokumentieren zu lassen und eine persönliche Erklärung vor der Abstimmung abzugeben. Sie betont, dass es mehr Raum und Zeit für Diskussionen braucht, um Lösungen zu erarbeiten. Sie sieht in dem Antrag eine unnötige Einschränkung der Diskussionskultur und kritisiert die Vorgehensweise der Vorsitzenden bei der Weiterleitung des Antrags. Die Vorsitzende stellt klar, dass sie den Antrag im Auftrag von Herrn Karczewski an die Fraktionen weitergeleitet hat.

Es wurde über die praktische Umsetzung der Redezeitbegrenzung diskutiert.

Frau Naumann und Frau Langas sind ab 21:45 Uhr online anwesend.

Herr Pieplow schließt sich der Kritik an und weist darauf hin, dass eine Geschäftsordnung bindend ist und nicht flexibel ausgelegt werden kann. Die Vorsitzende stellt klar, dass die Geschäftsordnung bindend ist, jedoch in der Praxis flexibel gehandhabt werden kann, um den Rednern die Möglichkeit zu geben, ihre Beiträge abzuschließen. Sie betont, dass die Einreicher des Antrags für die genaue Auslegung verantwortlich sind.

Frau Burgschweiger schlägt vor, die Redezeit auf 3 Minuten pro Redebeitrag zu begrenzen, anstatt pro Tagesordnungspunkt. Die Einreicher des Antrags lehnen jedoch eine Änderung ab und halten an der ursprünglichen Formulierung fest.

Herr Pieplow gibt zu bedenken, dass die erweiterte Haushaltssitzung nur einen Tagesordnungspunkt hat und dort über 6 Stunden gesprochen wurde. Auch für diese Sitzung würde die Einschränkung der Redezeit von 3 Minuten gelten. Er bittet darüber nachzudenken, solche Ausschüsse von der Begrenzung auszuschließen. Die Fraktionen BfZ und CDU bleiben jedoch bei Ihrem Antrag ohne Änderung.

Eine rege Diskussion und ein Meinungsaustausch fand statt.

Frau Wehle gibt eine persönliche Erklärung ab:

Tagung der Gemeindevertretung vom 11.11.2025

TOP 11 Ergänzung der Geschäftsordnung der Gemeinde Zeuthen
BV-048/2025

Persönliche Erklärung

Der vorgelegten Beschlussvorlage stimme ich aus folgenden Gründen nicht zu:

Eine lebendige und starke Demokratie lebt auch vom Austausch unterschiedlicher Meinungen und vom fairen Umgang mit politischen Wettbewerbern. Diese Form der politischen Teilhabe ist ganz besonders für die Wahrung der Rechte von Minderheiten von großer Bedeutung.

Die Möglichkeit das Wort zu ergreifen und Sachverhalte politisch einordnen zu können, ist dabei ein zentraler Baustein der verfassungsmäßig geschützten Mitwirkung an der Willensbildung und Entscheidungsfindung parlamentarischer Vertreter.

Dieses Prinzip sollte in gleichberechtigter Anwendung auch für gewählte Vertreter der kommunalen Ebene zur Anwendung kommen.

Der vorliegende Antrag zur Geschäftsordnung schafft unterschiedliche Zeitfenster für gleichartig gewählte kommunale Vertreter durch Redezeitbeschränkungen, die an die Vereinigungsform und die Gruppenstärke gekoppelt werden.

Damit werden fraktionslose Gemeindevertreter in Bezug auf ihre Mitwirkung an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Gemeindevertretung, sowie auf ihr Recht zur Kontrolle der Verwaltung, erheblich benachteiligt.

Damit wird antidemokratischen Tendenzen auch in der Gemeinde Zeuthen leider Vorschub geleistet. Wir sollten den „demokratischen Meinungsstreit“ auch weiterhin ohne Beschränkung aushalten können und wollen.

Die Entscheidungsfähigkeit der Gemeindevertretung war in der Vergangenheit niemals gefährdet; sie würde es auch in der Zukunft nicht sein.

Ein Beitrag zur Effizienz wäre es auch, die Tagesordnung etwas zu verschlanken. Es wäre besser, zusätzliche Tagungen der Gemeindevertretung in den Sitzungslauf mit einplanen.

Um es mit der BbgKVerf zu sagen: Die Gemeindevertretung ist einzuberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert.

gez. Christine Wehle

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Kommunalverfassung eine Unterscheidung zwischen Fraktionen und fraktionslosen Mitgliedern vorsieht und dies nicht in Abrede gestellt werden kann.

Der Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, der SPD und die Linke wird mehrheitlich nicht angenommen.

Frau Dagge weist daraufhin, dass die Abstimmungszahl nicht stimmt. Daher beantragt Herr P. Schulz eine nochmalige Abstimmung. Herr Karzcewski beantragt eine namentliche Abstimmung.

Name	Vorname	ja	nein	enthalten	nicht anwesend
Martens	Philipp		x		
Burgschweiger	Beate		x		
Burgschweiger	Dr. Jens		x		

Damaschke	Dr. René	x			
Gänsdorfer	Nina		x		
Haarfeldt	Brita		x		
Hagedorn	Thomas	x			
Hassler	Jörgen		x		
Itzeck	Udo	x			
Karczewski	Dieter	x			
Kubick	Klaus-Dieter	x			
Langas	Lynn		x		
Naumann	Christine		x		
Pieplow	Holger		x		
Rich	Sylvio	x			
Sachwitz	Karin				x
Schulz	Peter		x		
Schust	Michaela	x			
Selch	Nadine	x			
Stahl	Mathias	x			
Tronjeck	Matthias	x			
Wehle	Christine		x		
Wolter	Michael	x			
Ergebnis:		11	11	0	1

Beschlussvorschlag:

In §9 der Geschäftsordnung der Gemeinde Zeuthen wird ein zusätzlicher Absatz 4 wie folgt neu eingefügt:

(4) Die Redezeit in den Sitzungen der Gemeindevertretung sowie ihrer Ausschüsse wird auf maximal 3 Minuten pro Redner je Tagesordnungspunkt begrenzt. Auf Antrag einer Fraktion kann die Redezeit für einen Redner der Fraktion auf 5 Minuten erhöht werden.

In §6 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Gemeinde Zeuthen werden nach Satz 1 die folgenden Sätze eingefügt:

Für mündliche Anfragen und Nachfragen beträgt die Redezeit 2 Minuten. Die oder der Anfragende hat das Recht, eine kurze Zusatzfrage zur Sache zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ^{*)}
23	22	11	11	0	0

^{*)}Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

Sitzungsende 22:00 Uhr

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 14 sind aufgrund der fortgeschrittenen Zeit entfallen.

Nadine Selch
Vorsitzende der Gemeindevertretung

Katja Bluhm
Schriftführung